

Redemanuskript:

Kein UNESCO-Biosphärenreservat light für Wiesbaden/ Rheingau-Taunus und die Mainspitze

zu:

Realisierung einer Machbarkeitsstudie über eine UNESCO-Biosphärenregion Wiesbaden/ Rheingau-Taunus/ Mainspitze

von Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag.

Dr. 19/5162 (31.08.2017), Top: 41

Es gilt das gesprochene Wort

**Sehr geehrte/r Frau/Herr Präsident/in,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste,**

Biosphärenreservate sind von der UNESCO initiierte Modellregionen, in denen eine nachhaltige Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht exemplarisch verwirklicht werden soll. DIE LINKE kämpft für eine solidarische Gesellschaft und eine solidarische Gesellschaft kann es nur mit einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise geben. Deshalb können wir überhaupt nicht anders, als Modellregionen, in denen eine nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden soll, zu fordern und zu fördern. Der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft ist eine Notwendigkeit und seit vielen Jahren in unserer Programmatik und Politik verankert.

Wir fragen uns aber, ob die politischen Fürsprecher sich wirklich mit den Anforderungen der UNESCO an ein Biosphärenreservat auseinandergesetzt haben?

Natur- und der Prozessschutz in einer Kernzone, in der so weit wie irgend möglich alle Eingriffe unterbleiben sollen und die drei Prozent der gesamten Fläche eines Biosphärenreservates nicht unterschreiten darf, sind eine Sache. Dass die Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteure sich verpflichten Teil, einer Modellregion zur nachhaltigen Entwicklung zu werden und diese „Entwicklungszone“ 50 Prozent der Fläche beinhalten muss, ist eine ernst zu nehmende Herausforderung.

In einer Modellregion soll eine Entwicklung ausprobiert und vorweggenommen werden. Sie hat eine Vorreiterrolle. Dazu gehört beispielsweise, dass der Energieverbrauch in einer Modellregion - schneller als in anderen Regionen -

gesenkt werden muss und die Energie selbstverständlich zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu beziehen ist. Dazu würde ebenfalls ein Verkehrskonzept für die Region gehören, welches den Verkehr reduziert, z.B. über stadtplanerische Mittel - Stadt der kurzen Wege - oder ein Logistiksystem, welches verhindert, dass jeder Paketzusteller jeden Tag jede Siedlung anfährt. Und dazu würde selbstverständlich ein massiver Ausbau des ÖPNV gehören, der schon vor 2030 einen Großteil des Individualverkehrs mit Verbrennungsmotoren ersetzen müsste und das selbstverständlich für alle bezahlbar, am besten zum Nulltarif und natürlich klimaneutral. In einem Biosphärenreservat muss der Klimaschutz schneller und umfassender umgesetzt werden als in anderen Regionen.

Dass Sie mich nicht falsch verstehen: DIE LINKE ist genau für eine solche nachhaltige Entwicklung, für solche Projekte, die wir unter dem Begriff sozial-ökologischer und demokratischer Umbau bewerben und fordern. Das wollen wir aber nicht nur für Biosphärenreservate, das wollen wir für das ganze Land!

Nach den Erfahrungen mit dem Biosphärenreservat Hohe Rhön haben wir begründete Zweifel, ob es die Landesregierung mit der Einrichtung einer Modellregion für eine friedliche nachhaltige Entwicklung im Sinne der UNESCO-Satzung wirklich ernst meint. In der Rhön ist es nur unter Zuhilfenahme eines Teils des Truppenübungsplatzes Wildflecken gelungen, die drei Prozent Fläche für die Kernzone zusammen zu bekommen. Ein Truppenübungsplatz, auf dem Soldaten der Bundeswehr und anderer NATO-Truppen für Auslandseinsätze im Nahen Osten üben, darf nach der Sevilla-Strategie nicht Teil eines Biosphärenreservates sein. Ein militärisches Ausbildungslager für Kriegseinsätze leistet keinen Beitrag für eine – ich zitiere - „größere Solidarität zwischen den Menschen und den Nationen“,¹ wie es die Sevilla-Strategie für Biosphärenreservate fordert. Das die Hessische Landesregierung eine militärische Nutzung in der Kernzone eines Biosphärenreservates durchgesetzt hat, ist und bleibt ein Skandal.

Im vorliegenden Fall für die Region Wiesbaden/ Rheingau-Taunus/ Mainspitze haben wir den Eindruck, dass es den Politikerinnen und Politikern, die das Projekt angeschoben haben, in erster Linie darum geht, mit dem Biosphärenreservat-Label für den Tourismus in ihrer Region werben zu wollen und leichter an Fördermittel zu gelangen. Das ist nicht verwerflich. Die Einrichtung von Naturschutzgebieten – die es ohnehin schon gibt – und die Tourismusförderung, dürfen aber nicht das einzige sein, was von dem umfangreichen Biosphärenreservat-Konzept der UNESCO übrig bleibt.

Auf den Seiten der „Deutschen UNESCO-Kommission“ heißt es unter Ziele der Biosphärenreservate:

„UNESCO-Biosphärenreservate schützen nicht ausschließlich wertvolle Ökosysteme, wie etwa Nationalparks. [...] Die Biosphärenreservate ermöglichen, fördern und fordern das nachhaltige Wirtschaften der Menschen im Biosphärenreservat und ein tragfähiges gesellschaftliches Zusammenleben. Der ökonomische Wirkungskreis der Bewohner eines Biosphärenreservats wird nur insofern eingeschränkt, dass für den Umwelt- und Naturschutz besonders wichtige Flächen für bestimmte Nutzungsformen nicht mehr zugänglich sind [...]. Damit schafft ein Biosphärenreservat eine neue Raumordnung, die die Bewohner möglichst wenig

¹ UNESCO, Hrsg., Biosphärenreservate., Bonn 1996, S. 9.

einschränkt, aber sie gleichzeitig durch Modellprojekte und Aufklärung dazu bewegen soll, ihre Wirtschaftsformen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung zu überprüfen [...].“²

In einem Biosphärenreservat muss die Wirtschaftsform auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden. Wer das möchte und zu einem tragfähigen gesellschaftlichen Zusammenleben gelangen möchte, muss nicht nur Ressourcenverbrauch und Umweltverträglichkeit des Wirtschaftens überprüfen, der muss auch die Reichtumsproduktion und skandalös ungerechte Verteilung von Reichtum in unserer Gesellschaft angehen. Die aktuelle und weiterhin größer werdende Ungleichverteilung von Reichtum gefährdet das gesellschaftliche Zusammenleben aufs extremste. Und weil Sie diesen Umstand gerne als linke Propaganda diffamieren, verweise ich dazu explizit auf die Positionen der OECD, des DGB oder der Sozialverbände.

Unter den konkreten Zielen für Biosphärenreservate findet sich die - ich zitiere - „Stärkung des touristischen Profils mit Schwerpunkt sanftem und hochwertigem Tourismus“ - aber auch die Verpflichtung für die „Stärkung der Bildung für nachhaltige Entwicklung“, der Einsatz für den Klimaschutz und der „Umstieg auf ökologisch verträgliche Land- und Forstwirtschaft“.³

Das betreffe in der Region z.B. auch den Weinbau. Der Weinbau müsste auf seine Nachhaltigkeit überprüft werden, wonach am ökologischen Weinbau - ohne den Einsatz von Agrochemikalien – kein Weg mehr vorbei führen würde. Eine gute Sache, wie wir finden und die hessischen Staatsweingüter Kloster Eberbach wäre gleich in einer doppelten Vorreiterrolle. Es läge im Biosphärenreservat und das Land Hessen als Eigentümerin müsste mit gutem Beispiel vorangehen.

In dem Arbeitspapier zur Machbarkeitsstudie aus 2014 heißt es dazu: „Für die erfolgreiche Umsetzung der Ziele der UNESCO – Biosphäre müssen im Rahmen eines öffentlichen Partizipationsprozesses aus allen Bereichen der Gesellschaft Partner gewonnen werden. Es sind die großen Landnutzer einschließlich deren Verbände (Forst, Landwirtschaft, Weinbau) von der Idee und den Vorteilen einer Biosphärenregion zu überzeugen.“

Gerne würden wir wissen, ob es bereits Gespräche mit der Gutsleitung über eine mögliche Umstellung gab?

Mit dem Aufbau eines Biosphärenreservats ist auch der Anspruch der Demokratisierung weiterer Lebensbereiche verbunden. Sie müssen die Bevölkerung in der Region nicht nur begeistern und mitnehmen, die Bevölkerung muss auch ein Mitspracherecht haben, das über die repräsentativen Formen des etablierten Politikbetriebes hinaus geht. Auch das ist eine gute Idee, die wir mittragen würden, weil die Demokratiedefizite des Regierungshandelns beträchtlich sind. Es wird nicht reichen, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben und wenn diese dann - im Sinne des Auftraggebers - zu einem positiven Ergebnis kommt, ein Biosphärenreservat planen zu lassen. Bereits die Machbarkeitsstudie muss in den

² <http://www.unesco.de/wissenschaft/biosphaerenreservate/biosphaerenreservate-uebersicht/br-ziele.html> (29.08.2017)

³ Ebd.

Blick nehmen, in welchen Zeitläufen und mit welcher zivilgesellschaftlicher Unterstützung eine Verkehrs- und Energiewende, die Umstellung der Land- und Forstwirtschaft sowie des Weinbaus zu erreichen ist. Wir sind gespannt darauf, welche Vorschläge in der Machbarkeitsstudie zu einer Demokratisierung der Wirtschaft in der Region stehen werden.

Ich befürchte, dass die Landesregierung die UNESCO-Richtlinien sehr weit auslegen wird und wir – wenn überhaupt – ein **Biosphärenreservat light** bekommen. Genau so, wie wir mit einer grünen Umweltministerin seit Jahren eine **Umweltpolitik light** haben, mit der die Pariser Klimaschutzziele krachend verfehlt werden, die Wasserrahmenrichtlinie nicht eingehalten wird und die hessische Umweltministerin nicht in der Lage oder nicht willens ist, geeignete Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide durchzusetzen. Dafür sind wir nicht zu haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.